

Bilaterale: SVP will keine Verhandlungen

Mit Kurzaufenthaltern in unbeschränkter Zahl soll laut Blocher ein neues Saisonierstatut eingeführt werden

Denis von Burg und Arthur Rutishauser

Bern SVP-Vizepräsident Christoph Blocher will am liebsten gar keine Verhandlungen mehr mit der EU über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI). «Die einseitige Umsetzung ist die beste Lösung», sagt Blocher.

Am Freitag hat der Bundesrat auf Druck von SVP und Wirtschaftsverbänden eine Kehrtwende vollzogen und zur Umsetzung der MEI auf eine Schutzklausel gesetzt, notfalls auch ohne die Zu-

stimmung der EU. Die Wirtschaftsverbände applaudierten, die SVP hingegen ist noch lange nicht zufrieden. «Das Konzept des Bundesrates besteht bisher nur aus einem Wort (Schutzklausel), es fehlen jedoch jegliche Inhalte», sagt Blocher.

Der SVP-Vizepräsident stört sich etwa daran, dass der von der Initiative geforderte Inländervorrang im offiziellen Konzept fehle. Ebenso fehlten sogenannte «Begleitmassnahmen, welche die Einwanderung in die Sozialsysteme verhindern».

Konkret hiesse dies laut Blocher, dass «nur noch in die Schweiz einreisen darf, wer schon einen gültigen Arbeitsvertrag hat. Während Monaten mit der ganzen Familie in die Schweiz zu kommen, um hier Arbeit zu suchen, darf nicht mehr möglich sein.»

Die SVP soll die Verantwortung übernehmen

Schliesslich verlangt Blocher auch «Karenzfristen» für den Bezug von Sozialleistungen. «Wer nur einige Wochen in der Schweiz gearbeitet hat, darf noch keine Arbeitslosen-

gelder und keine Sozialhilfe erhalten», sagt er.

Umgekehrt lässt der ehemalige Justizminister Ausnahmen bei den Kontingenten zu: Die SVP sei bereit, für Kurzaufenthalter auf eine Kontingentierung zu verzichten. Das würde Personen betreffen, die weniger als neun Monate in der Schweiz bleiben und dann wieder ausreisen. Damit würde faktisch das Saisonierstatut wieder eingeführt. Die Kontingente würden entlastet, und insbesondere die Hotellerie in den Berggebieten, die oft SVP-Hochburgen sind, käme

problemlos zu ausländischen Arbeitskräften.

Doch auch für die Pharma- und Chemiebranche gibt es eine Lösung, und zwar über die Grenzgängerregelung. Für diese verlangt er eine «kantonale Regelung», ebenfalls ausserhalb der Schutzklausel und allfälligen Kontingenten. Demnach würde die Zahl der Grenzgänger im Tessin und in Genf wohl eingeschränkt, in der Ostschweiz aber kaum und in Basel ganz sicher nicht.

Damit dies konsequent umgesetzt wird, soll laut Blocher die SVP

das Justizdepartement übernehmen. Schliesslich sei dieses das schwierigste Departement und die SVP habe mit ihren Forderungen bei der Zuwanderung und in Asylfragen bei den Wählern gepunktet. Blocher: «Zudem ist ja klar, dass Frau Sommaruga schon aus politischen Gründen keine konsequente Linie fahren kann.»

Dafür nimmt Blocher sogar in Kauf, dass die SP-Frau das Finanzdepartement übernehme. Das sei viel einfacher, schliesslich müsse man ja dort nichts machen als einfach weniger Geld ausgeben.

Anzeige

SCHWEIZER AUTO DES JAHRES 2016



Mit den Highlights der Oberklasse.



Der neue Opel Astra mit den Innovationen der Oberklasse und Schweizer Auto des Jahres 2016: mit IntelliLux LED® Matrix Licht, Wellness-Ergonomie-Fahrsitz und dem persönlichen Online- und Service-Assistenten OnStar. Ausgezeichnet von Schweizer Illustrierte am 2. Dezember 2015. Mehr auf www.opel.ch

Der neue Astra.
Ärgert die Oberklasse.



Spesenexplosion bei der Deza

Teurere Hotels, mehr Sicherheit, höhere Löhne: Der Personalaufwand der Entwicklungshelfer ist auf über 100 Millionen Franken gewachsen

Bern Sie reisen in den Südsudan, ans Horn von Afrika oder nach Nordkorea. Ihre Mission ist, Gutes zu tun. Bezahlt werden sie aus dem Entwicklungshilfebudget der Eidgenossenschaft – und zwar immer fürstlicher. «Sie» sind die Angestellten der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza).

Der Personalaufwand im Deza hat sich von 2007 bis 2014 um beinahe ein Viertel auf 108 Millionen Franken jährlich erhöht. Massgeblich dazu beigetragen haben die Spesen. Sie sind von 600 Franken pro Mitarbeiter im Jahr 2007 auf knapp 20'000 Franken im Jahr 2013 gestiegen.

Das zeigt die Aufarbeitung der Personalaufwände, welche die Deza nach der Interpellation des Luzerner SVP-Nationalrats Felix Müri «Transparenz über die Mittelverwendung» kürzlich auf der Parlamentswebsite veröffentlicht hat. Für das Jahr 2014 liegen noch keine Zahlen vor.

Besonders teuer sind Flugreisen in Krisengebieten

Die Spesenexplosion kommt durch ein verändertes Abrechnungsmo- dell zustande. So werden seit 2009 auch Flüge zu den Spesen hinzuge- rechnet; seit 2010 Mieten für Autos oder Wohnungen. Doch das allein erklärt den Spesenanstieg nicht. So kletterten die durchschnittlichen Spesenaufwände 2011 nochmals um 36 Prozent auf 19'756 Franken.

Im Vergleich mit anderen Äm- tern ist dies ein sehr hoher Betrag: Beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) zum Beispiel, dessen Mitarbeiter ebenfalls viele Reisen ins Ausland unternehmen, sind die Spesen wesentlich tiefer. Sie lagen im Schnitt im Jahr 2014 bei nur 4'156 Franken.

Die Deza erklärt, die Zunahme der Spesen habe unter anderem mit den Kosten für Sicherheit zu tun. Zum Beispiel im Südsudan, wo die Entwicklungsagentur des Bundes seit Jahren besonders aktiv ist. Im Deza-Hauptquartier in der südsudanesischen Hauptstadt waren Investitionen in bauliche Sicherheitsmassnahmen nötig, dazu temporäre Sicherheitsberater und die Beauftragung privater Bewachungsfirmen. Das Entführungs-

risiko ist im Südsudan für Ausländer besonders hoch. Die Mitarbeiter könnten sich in der Hauptstadt Juba laut Deza nicht mehr mit Dreisternhotels begnügen, wie im Spesenreglement vorgeschrieben, sondern buchten sich in höher klassierte Hotels ein.

Gleichzeitig seien die Lebenshaltungskosten in schwierigen Kontexten oft höher, da viele Produkte importiert werden müssten. Besonders ins Gewicht würden Flüge fallen. So müsse die Schweiz für den Transport von Mitarbei-



Nationalrat Felix Müri: Wo landet das Geld für Entwicklungshilfe?

tern auf den Flugdienst des Welt- ernährungsprogramms der UNO zurückgreifen. Ein Hin- und Rück- flug innerhalb des kleinen Landes Südsudan koste circa 800 US-Dol- lar. Das treibe die Spesen zusätz- lich in die Höhe.

Tatsächlich sind nicht nur die Spesen bei der Deza höher als in anderen Ämtern, sondern auch die Durchschnittslöhne. Der Aufwand betrug letztes Jahr inklusive Zuschläge 207'000 Franken pro Mitarbeiter, beim Seco sind es 161'000 Franken. Auch im inter- nationalen Vergleich fallen die hohen Deza-Löhne auf. Das britische Pendant zur Deza, das Department of International Development, kam letztes Jahr auf einen Durch- schnittsaufwand von 61'000 Briti- sche Pfund pro Mitarbeiter – um- gerechnet 92'000 Franken.

Nationalrat Müri sagt: «Ange- sichts der hohen Löhne muss man sich fragen, wie viel Geld, das in die Entwicklungsarbeit gebuttert wird, tatsächlich auch in die Ent- wicklungsarbeit fliesst.» In der Aussenpolitischen Kommission wird laut Müri der nächste Vor- stoss erwartet, um mehr Einblick in die Deza-Finzen zu erhalten.

Barnaby Skinner